A2 Corona_Upd_Kapitel_12_Wohnen_und_Wohnungslosigkeit

Antragsteller*in: AK Soziales (KV Köln)

Antragstext

Wohnen

Köln ist eine Stadt der Vielfalt, attraktiv für viele Menschen, die gern hier leben und arbeiten. Gleichzeitig steigen die Mietpreise. Und das Angebot an Wohnraum hält nicht Schritt mit der Bevölkerungsentwicklung. Die Nachfrage v. a. nach bezahlbarem Wohnraum wird schon seit Jahren nicht durch die Anzahl neu gebauter Wohnungen gedeckt. Jährlich müssten mindestens 6000 Wohneinheiten entstehen, um den Bedarf der wachsenden Stadt zu decken. Auch der Anteil an öffentlich geförderten Wohnungen im Stadtgebiet sinkt weiter und lag in 2018 nur noch bei 38 623 Wohnungen (6,9 %). Steigende Mieten und Wohnraummangel betreffen dabei mittlerweile viele Bevölkerungsgruppen, wie junge Familien, Alleinerziehende, Migrant*innen und Geflüchtete, Studierende und Auszubildende sowie Rentner*innen. Insbesondere sind dabei Menschen mit geringem Einkommen in drastischem Ausmaß betroffen. Viele Menschen geben heute mehr als die Hälfte ihres Einkommens für die Miete aus, sodass dann das Geld für wichtige andere Lebensbereiche fehlt. Auch wenn wichtige Rahmenbedingungen, die für gutes und bezahlbares Wohnen in Köln notwendig sind, durch Bundes- und Landesregierungen getroffen werden, so gibt es doch Möglichkeiten, um auf kommunaler Ebene steuernd in den Wohnungsmarkt einzugreifen. Wir GRÜNE wollen diese Spielräume aktiv nutzen, um bezahlbaren Wohnraum für eine wachsende Bevölkerung zu erhalten und zu schaffen.

Unsere Grüne Vision für Köln

Wir wollen …

- den Kölner*innen bezahlbares und gutes Wohnen ermöglichen, denn der Anspruch auf angemessenes und bezahlbares Wohnen ist ein Menschenrecht (Europäische Sozialcharta 1966).
- weitere Mietsteigerungen abbremsen und Möglichkeiten finden, damit mittelfristig die Mietpreise wieder sinken.
- dass alle Kölner Bevölkerungsschichten in ihrer Umgebung entsprechend ihrer finanziellen Möglichkeiten eine geeignete Wohnung finden und nicht aus der Stadt verdrängt werden.
- gemischte Quartiere statt Gentrifizierung – Armut und prekäre Lebensbedingungen dürfen sich nicht in bestimmten Stadtvierteln konzentrieren.
- genügend neuen Wohnraum für die wachsende Stadt schaffen, die Vielfalt an Wohn- und Lebensformen (z.B. Wohngemeinschaften, Mehrgenerationenwohnen, Genossenschaften) fördern und dabei besonders soziale Ziele berücksichtigen.

Unsere Grünen Erfolge in Köln

Wir haben …

- die Vergabe von Grundstücken nach Konzept (Konzeptvergabe) beschlossen.
- das Kooperatives Baulandmodell fortgeschrieben – nun müssen bei jedem Neubauprojekt, das größer als 20 Wohneinheiten ist, 30 % geförderte Wohnungen gebaut werden.
- die Milieuschutzsatzung für das Severinsviertel beschlossen.
- ein kommunales Wohnungsbauförderungsprogramm für öffentlich geförderten Wohnungsbau beschlossen.
- den Ankauf von Belegungsbindungen beschlossen.
- die GAG mit dem Kauf und der Sanierung von 1200 Wohnungen in Chorweiler betraut.
- dafür gesorgt, dass in absehbarer Zeit ein Pilotprojekt in Holzbauweise realisiert wird.
- uns für eine Weiterführung und Verschärfung der Kölner Wohnraumschutzsatzung innerhalb des gesetzlich vorgegebenen Rahmens eingesetzt – diese ist nun auch auf den Schutz von Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser ausgedehnt.
- mit einer von uns initiierten Kampagne auf Zweckentfremdung von Wohnraum aufmerksam gemacht.
- die „Mietergenossenschaft Kalscheurer Weg e. G." bei ihrer Gründung unterstützt und den Weg für eine integrative Siedlungserweiterung der sog. „Indianersiedlung" in Zollstock geebnet.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden …

- uns dafür einsetzen, dass das kommunale Wohnungsbauförderprogramm der Stadt Köln endlich ausgeschöpft wird und auch für preisgedämpften, d. h. bezahlbaren Wohnungsbau genutzt werden kann.
- jährlich mehr öffentlich geförderte Wohnungen bereitstellen als aus der Sozialbindung herausfallen.
- gemeinwohlorientierten Wohnungsanbieter*innen, wie Genossenschaften oder sozialen Wohnprojekten, bei der Vergabe von Bauflächen und Wohnungsförderung Vorrang gewähren.
- die Vergabe von Grundstücken auf Grundlage eines Konzepts (Konzeptvergabe) als wichtiges Instrument weiter ausbauen – nicht, wer am meisten Geld für

ein Grundstück zahlen kann, erhält den Zuschlag, sondern die beste Idee für das Gemeinwohl.

- bei Neubauvorhaben darauf achten, dass flexible Grundrisse realisiert werden, die die spätere Teilung oder auch Zusammenlegung von Wohnungen ermöglicht, wobei es um Flexibilität in beide Richtungen geht: Wohnungen können kleiner, aber auch größer werden, z. B. bei Bedarf von Familien, WGs oder Patchwork.

- Wohnraumtausch fördern, damit z. B. wachsende Familien ihre zu eng werdenden Wohnungen mit älteren Personen, die mittlerweile allein in größeren Wohneinheiten leben, tauschen können.

- das Angebot an Wohnungseinheiten für gemeinschaftliches und generationsübergreifendes Wohnen, gemischte und integrative Wohnformen, barrierefreies, studentisches und altersgerechtes Wohnen sowie Single-Wohnungen ausbauen und fördern.

- den Anteil öffentlich geförderter und langfristig gemeinwohlorientierter Wohnungen erhöhen, welche möglichst in allen Stadtteilen angesiedelt werden sollen.

- das „Kooperative Baulandmodell“ weiterentwickeln, wobei der Anteil an sozialgebundenen Wohnungen auf 50 % erhöht werden und es außerdem 20 % preisgedämpftem Wohnraum geben soll.

- im Sinne einer nachhaltig sozialen Wohnungspolitik auf Vereinbarungen mit Investoren setzen, die eine deutlich längere Sozialbindung als die gesetzliche Mindestdauer vorsehen.

- das Instrument der sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutz) häufiger und frühzeitiger anwenden.

- die Gründung mindestens eines neuen Trägers oder einer neuen gemeinwohlorientierten Gesellschaft für spezielle Bauprojekte fordern, der bzw. die einen hohen Anteil geförderten und bezahlbaren Wohnraum zum Ziel hat.

- das Vorkaufs- und Wiederkaufsrecht der Stadt ausweiten und kompromisslos durchsetzen, um damit Spekulation einzudämmen und das aktuelle Mietniveau zu erhalten.

- gegen Leerstand, Verwahrlosung und illegale Umnutzung von Wohnraum in Gewerbe, wie etwa bei der Vermietung ganzer Wohnungen an Tourist*innen durch Airbnb, vorgehen.

- uns dafür einsetzen, die Kölner Wohnraumschutzsatzung zu verschärfen – dazu braucht es eine Erweiterung des Wohnungsaufsichtsgesetzes des Landes NRW, worin die Möglichkeit einer Registrierungspflicht für alle

Anbieter*innen und Bewerber*innen von Ferienwohnungen enthalten sein muss, und eine erhebliche Erhöhung der Strafgebühren.

- zudem die Verwaltung mit ausreichendem Personal in die Lage versetzen, die Zweckentfremdung von Wohnungen effektiv zu verfolgen.
- eine die Wohngebiete in den Außenbezirken durch verbesserte Infrastruktur, wie z. B. eine gute ÖPNV-Anbindung, aufwerten.
- die Möglichkeit einer kommunalen Mietpreisbremse prüfen.
- uns für einen qualifizierten Kölner Mietspiegel einsetzen, der nach wissenschaftlichen

  Kriterien erstellt wird.
- weiterhin das Kölner Wohnungsamt unterstützen, das gegen vorgetäuschten Eigenbedarf oder absichtliche Verwahrlosung von Wohnungen vorgeht.

Wohnungslosigkeit

Wie viele Menschen tatsächlich in Köln auf der Straße leben, darüber gibt es keine validen Zahlen. Die Gesamtzahl der von der Stadt Köln untergebrachten und betreuten wohnungslosen Menschen mit Sozialhilfeanspruch lag 2018 bei knapp 6000 Personen. Die Schätzungen lagen 2018 bundesweit bei 678000 wohnungs- und 41000 obdachlosen Personen. Auch zu Kindern und minderjährigen Jugendlichen in prekären Wohnverhältnissen oder zu alleinlebenden Kindern ohne feste Unterkunft gibt es keine gesicherten Zahlen. Ein Leben auf der Straße ist mit physischen und psychischen Erkrankungen verbunden. Insbesondere Frauen* sind aufgrund unterschiedlicher Problemlagen, wie Gewaltbetroffenheit oder besondere Abhängigkeitsverhältnisse, von verdeckter Obdachlosigkeit und verschiedensten Krankheitsbildern betroffen.

Unsere Grüne Vision für Köln

Wir wollen…

- dass jeder Mensch in unserer Stadt Zugang zu bezahlbarem Wohnraum hat.
- dass niemand auf der Straße leben muss und jeder Mensch in unserer Stadt ein Dach über dem Kopf hat.
- obdachlosen Menschen Unterstützung und Hilfen in Form von niedrigschwelligen Angeboten ermöglichen.

Unsere Grünen Erfolge in Köln

Wir haben …

- durch einen Zuschuss dafür gesorgt, dass der Mittagstisch in der Begegnungs- und Beratungsstelle „Vringstreff“ in der Südstadt für Menschen mit und ohne Wohnung gesichert wurde.
- den „Housing First“-Ansatz als weiteren Baustein im Hilfesystem über den städtischen Haushalt implementiert, wobei obdachlosen Menschen ohne

vorherige Erfüllung von Bedingungen, wie die Feststellung der Wohnfähigkeit, eine reguläre Wohnung zur Verfügung gestellt wird.

- gemeinsam mit unserem Sozialdezernenten die sog. „Humanitären Hilfen für Menschen aus Ländern der EU-Osterweiterung“ installiert, denn zugewanderte Menschen aus den osteuropäischen Ländern auf der Suche nach Arbeit stehen vor besonderer Gefährdung und ohne Anspruch auf Sozialleistungen droht ihnen häufig ein Leben in Armut, schlimmstenfalls Obdachlosigkeit und Verelendung.

- mit dem Angebot der „Humanitären Hilfen“ ein ganzjähriges Übernachtungs- und Versorgungsangebot für Obdachlose mit medizinischer Grundversorgung in der „zentralen Anlauf- und Beratungsstelle Vorgebirgsstraße“ geschaffen.

- die niedrigschwellige Obdachlosenhilfe der „Überlebensstation Gulliver“ erweitert, weitere Streetworker*innen und Sprach- und Kulturmittler*innen eingesetzt und ein Budget für den mobilen Gesundheitsdienst eingerichtet.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden …

- den diskriminierungsfreien Zugang zu Wohnraum durch eine städtische Clearingstelle erleichtern.

- dafür sorgen, dass immer mehr Menschen regulären Wohnraum beziehen können.

- den Aufkauf von Belegungsrechten im Wohnungsbestand und deren Vereinbarung bei Neubauprojekten zu einem selbstverständlichen Teil sozialer Wohnungspolitik in Köln machen.

- den bedingungslosen „Housing First“-Ansatz auch weiterhin nach Kräften unterstützen.

- die Stadt Köln und die freien Träger im Ausbau der vielfältigen Obdachlosenhilfen weiter unterstützen und dabei auch neue, zielgruppengerechte Ansätze berücksichtigen.

- Übernachtungsangebote als Schutzräume speziell für Frauen* im Rechtsrheinischen von Köln einrichten.

- die Kölner Bevölkerung durch geeignete Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit über die vielfältigen Gründe von Wohnungslosigkeit informieren, um für mehr Verständnis und Empathie für diese Personengruppe zu werben.

- ergänzende Initiativen und sinnvolle Hilfsangebote aus der Zivilgesellschaft nach Möglichkeit unterstützen.

- die Akzeptanz vorhandener Übernachtungseinrichtungen erhöhen, indem wir für mehr Privatsphäre und Sicherheit sorgen, Angebote für Paare schaffen sowie eine unmittelbare räumliche Nähe zu Haustieren ermöglichen.